

N i e d e r s c h r i f t

über die 17. öffentliche Sitzung des Integrationsrates der Stadt Ratingen am
Donnerstag, 5. Juli 2018

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 18:45 Uhr

**Ort der Sitzung: Besprechungsraum im Untergeschoss,
Stadionring 17, 40878 Ratingen**

Teilnehmer:

Sitzungsleitung

Mitglied im Integrationsrat Awasum, Samuel Vorsitzender

Mitglieder der CDU-Fraktion

Ratsmitglied Wladarz, Sebastian

Mitglieder der Fraktion Bürger-Union Ratingen

Ratsmitglied Meyer, Dirk

Mitglieder der SPD-Fraktion

Ratsmitglied Wiglow, Christian

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Yeboah, Elizabeth

Mitglieder der FDP-Fraktion

Ratsmitglied Stuers, Jürgen für RM Hanning,
Hannelore

Mitglieder der Optimistenfraktion

Ratsmitglied Woywod, Thomas

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Mitglied im Integrationsrat Becker, Hannelore
Mitglied im Integrationsrat Can, Hamza
Mitglied im Integrationsrat Desogus, Franco für Nathani, Rafik
Mitglied im Integrationsrat Evers, Manfred

Von der Verwaltung

Integrationsbeauftragte,
Amt für Soziales, Wohnen
und Integration
Amt für Soziales, Wohnen
und Integration

Yetik, Zeliha

Rösnick, Karlheinz

Schriftführung

Schriftführer

Meyer, Hartmut

Tagesordnung:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Resolution des Landesintegrationsrates NRW
4. Anfragen anwesender Einwohner
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Anfragen an die Verwaltung

Auf Vorschlag
des Vorsitzenden

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung	
----------	---	--

Der Vorsitzende, Herr Samuel Awasum, stellt fest, dass der Integrationsrat der Stadt Ratingen ordnungsgemäß eingeladen wurde.

2	Genehmigung der Tagesordnung	
----------	-------------------------------------	--

Es wird einstimmig die Tagesordnung behandelt, die sich aus der Einladung zu der 17. öffentlichen Sitzung des Integrationsrates der Stadt Ratingen vom 21.06.2018 ergibt.

3	Resolution des Landesintegrationsrates NRW Auf Vorschlag des Vorsitzenden	
----------	--	--

Der Vorsitzende gibt einen ersten Überblick über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur „Aufhebung des Gesetzes zur Stärkung des Kreistages und zur Änderung kommunalrechtlicher, haushaltsrechtlicher und steuerrechtlicher Vorschriften“, zu dem der Landesintegrationsrat des Landes NRW bereits eine Resolution an den Landtag verfasst hat.

Sie ist Bestandteil der Einladung zur heutigen Sitzung.

Die anwesenden Mitglieder der Fraktionen sind überwiegend der Meinung, dass die beabsichtigten landesgesetzlichen Änderungen gegenüber der aktuellen Regelung keine Verbesserung für die Beteiligung der Migranten ohne kommunales Wahlrecht am politischen Willensbildungsprozess bringt, sondern durch die Einführung einer Option zum Integrationsausschuss deren Position eher geschwächt wird.

Ratsmitglied Wiglow schlägt wegen der Eilbedürftigkeit und des ungewissen Ausgangs eines Ratsvotums vor, dass ein Beschluss allein für den Integrationsrat gefasst wird und nicht der Rat gebeten wird, der Resolution zuzustimmen.

Der Vorsitzende unterbricht daraufhin die Sitzung um 18.30 Uhr, damit die anwesenden Migrantenvertreter vor der Abstimmung die Gelegenheit bekommen, den Vorschlag von Ratsmitglied Wiglow zu beraten.

Um 18.40 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden nach Beratung mit den übrigen Migrantenvetretern:

Beschluss:

Der Integrationsrat schließt sich der Resolution der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates NRW vom 16. Juni 2018 mit dem Titel „Für die Stärkung der Integrationsräte – gegen die Beschneidung der politischen Rechte der Migrantinnen und Migranten“ an.

Abstimmungsergebnis: 09 dafür
00 dagegen
02 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Die anwesenden Mitglieder folgender Fraktionen enthalten sich: CDU und FDP.

Nach der Abstimmung gibt das Mitglied der Fraktion der CDU, Ratsmitglied Sebastian Wladarz, die nachstehende Protokollerklärung ab:

„Ich habe mich bei der Abstimmung enthalten, um einen einstimmigen Beschluss im Integrationsrat zu ermöglichen, möchte aber verdeutlichen, dass ich in der weiteren politischen Diskussion eventuell zu einem abweichenden Ergebnis kommen werde.“

4	Anfragen anwesender Einwohner	
----------	--------------------------------------	--

Ein anwesender Einwohner fragt die Verwaltung nach den Gründen, weshalb zwar sein Aufenthaltstitel, jedoch nicht seine Arbeitsgenehmigung von der Ausländerbehörde Mettmann verlängert wurde, obwohl er in einem Arbeitsverhältnis steht.

Frau Yetik, sagt zu, sich um die Beschaffung von Informationen hierzu von der Kreisverwaltung zu bemühen.

5	Mitteilungen der Verwaltung	
----------	------------------------------------	--

Frau Yetik erinnert an das Internationale Fest der Kulturen der Einen Welt am Sonntag, den 08.07.2018 auf dem Marktplatz und bittet die Anwesenden, in ihrem Bekanntenkreis „Werbung“ für diese Veranstaltung zu machen.

6	Anfragen an die Verwaltung	
---	-----------------------------------	--

Herr Evers

Laut einer Studie der Universität Koblenz sind viele Jugendämter in der Bundesrepublik wegen der Zuwanderung vieler unbegleiteter minderjähriger Jugendlicher überlastet. So haben in einzelnen Jugendämtern die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt der ca. 35 Fälle pro Vollzeitstelle 50 bis 100 Fälle zu bearbeiten.

In Ratingen sollen bis zu 60 Fälle für einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht ungewöhnlich sein.

Trifft das zu und was tut die Verwaltung, um gesundheitliche Beeinträchtigungen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch die hohen Fallzahlen zu vermeiden? Kann die Verwaltung unter diesen Umständen eine angemessene Betreuung dieses Personenkreises sicherstellen?

Diese Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Verteiler: 1 / 51

gez. Samuel Awasum
(Vorsitzender)

gez. Hartmut Meyer
(Schriftführer)